



Antrag

der Abgeordneten **Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer, Günther Felbinger, Thorsten Glauber, Eva Gottstein, Dr. Leopold Herz, Nikolaus Kraus, Peter Meyer, Ulrike Müller, Alexander Muthmann, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Bernhard Pohl, Gabi Schmidt, Tanja Schweiger, Dr. Karl Vetter, Jutta Widmann, Benno Zierer** und **Fraktion (FREIE WÄHLER)**

Einführung von Volksabstimmungen bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. im Bund eine Grundgesetzänderung anzustoßen, die bundesweite Volksabstimmungen bei europapolitischen Entscheidungen von besonderer Tragweite ermöglichen soll, die sich insbesondere auf die Übertragung wichtiger Kompetenzen und finanzielle Leistungen Deutschlands auf europäischer Ebene erstrecken;
2. dem Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen künftig in regelmäßigen Abständen, jedoch mindestens einmal im Kalenderhalbjahr, über den aktuellen Sachstand und die Fortschritte ihrer Bemühungen auf Bundesebene in dieser Frage mündlich zu berichten.

Begründung:

Fragen zu Europas Zukunft müssen künftig direkt von den Bürgerinnen und Bürgern als Souverän beantwortet werden, um insbesondere die Legitimation Europas in kompetenzrechtlicher und fiskalpolitischer Dimension zu erhöhen und ihre Identifikation mit Europa zu stärken. In Bayern haben sich direkte Mitwirkungsmöglichkeiten seit Jahrzehnten bewährt. Diese zusätzlichen europapolitischen Beteiligungsrechte über die fünfjährigen Wahlen zum Europäischen Parlament hinaus führen zudem zu größerem Verantwortungsbewusstsein gegenüber dem europäischen Friedenswerk und beleben unsere Demokratie.